

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis 35 Goldpfennige für den Monat ohne die Post | Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
gebühr für Zustellung | Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 21. Juni 1924

Nummer 53

DAS GOLDENE BUCH

(Zu den Johannisfeiern)

Ich flog auf bunten Flügeln, die mir ein Traum verlieh,
Johannismächtschattete ins Reich der Phantasie.
Die Märchen und die Sagen, die meine Seele spannen,
Sah nun ich hier verwirklicht und frei vom Zauberbann.
Wohin mein Auge blickte, sah es nur Glanz und Pracht,
Die Erde war ein Garten, von Lebenslust umflacht;
Ein Klingen und frohlocken Klang durch die milde Luft,
Und sinnenschwül verhauchten die Rosen ihren Duft.

Auf einem Blumenberge, vom Sphärenklang umblaut,
Stand hoch und hehr ein Tempel, aus Büchern aufgebaut.
Aus diesem Tempel strahlte ein wunderbares Licht,
Es war das Licht des Wissens, aus dem die Weisheit spricht.
Das Licht zerfloß in Purpur, Gold-, Blau- und Silberdunst
Und wob in schwarzen Lettern den Spruch: „Gott grüß die Kunst!“
Auf dem Altar der Weisheit stand Gutenbergs Gestalt
Als lehrender Apostel der geistigen Gewalt.

Millionen Pilger zogen zum Quell des geistigen Glücks,
Vor dessen Tor sich brachen die Tücken des Geschicks.
Zufriedenheit besetzte das menschliche Geschlecht,
Von keinem Herrn gegängelt, bedroht von keinem Knecht,
Da gab es keine Reichen, denn alle waren reich,
Da gab es keine Armen, denn alle waren gleich,
Da gab es keinen Hunger, der Haut und Knochen bliß,
Denn einer half dem andern vereint und brüderlich.

Bohum

Im heiligtum des Wissens wird die Vernunft geehrt,
Die nach der Wahrheit dürstet und die Erkenntnis mehrt.
Dort duldet keine Demut, die sich ergeben duckt
Und jede bittere Pille der herrenwillkür schluckt. —
So Gutenberg gedenkend, trat ich an den Altar
Und brachte eine Rose als Dankesopfer dar.
Inmitten roter Rosen lag breit ein gold'nes Buch,
Darin las ich begeistert der Arbeit weisen Spruch:

„Euch, Erdenglückenterbte, gehört die ganze Welt,
„Wenn ihr im starken Bunde euch Seit' an Seite stellt!
„Ihr müßt geschlossen streben zu einem bessern Los
„Und nicht ermüdet legen die Hände in den Schoß.
„Denn stark ist noch die Laueit, groß ist noch ihre Macht,
„Drum tragt das Licht des Wissens in die Gedankennacht,
„Zersplittert nicht die Kräfte im schlimmen Richtungsspiel,
„Wer leben will, muß kämpfen; wer kämpft, erringt sein Ziel!“

Ein großer, alter Meister schrieb dieses gold'ne Buch,
Sein Schweiß hat es gebunden, geleimt hat es sein Fluch.
Der Meister ist die Arbeit, die noch trotz allem Fleiß
Den Bettelsack muß schwingen wie ein verstoßener Greis.
Doch soll dies Traumbild immer für uns nur Traumbild sein?
Kann es nicht Wahrheit werden, beglückend unsre Reih'n?
Ihr Brüder alle strebet, daß es so kommen mag,
Dann kündet neuer Jubel uns den Johannisstag!

Viktor Kallnowski

Neues Leben sproßt aus den Ruinen!

Nach harten und opferreichen Jahren größter wirtschaftlicher Zerküftung, die als Folge des unseligen Weltkrieges die Fundamente aller gewerkschaftlichen Organisationen bis in ihre Grundfesten erschütterte, können auch wir Buchdrucker den diesjährigen Johannistag zum ersten Male wieder mit einem gewissen Aufatmen begrüßen und feiern. Mithalben zeigt sich in unserem Verbands wieder neues Leben und Hoffen. Mehr und mehr zeigt sich in den meisten Mitgliedschaften wieder ein tieferes Verständnis für den kulturellen Wert gewerkschaftlicher Realpolitik und eine zunehmende Abkehr von weltfremden Theorien, die bisher leider nur dazu beigetragen haben, die organisatorischen Kräfte der Arbeiterklasse zu schwächen und sie zum Spielball rücksichtsloser privatkapitalistischer Ausbeutungsclassen zu machen. Die Erkenntnis, daß wir uns nicht in uferlose Strömepinnsel und fortschrittseindliche Gewalttaten verlieren dürfen, wenn wir wieder festen Boden zur Erämpfung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen gewinnen wollen, zeigt sich in letzter Zeit in allen Gauen unseres Verbandes mit erhebender Deutlichkeit. Überall, in den größten wie in den kleinsten Mit-

gliedschaften, tritt der Gedanke kollegialer und gewerkschaftlicher Zusammengehörigkeit in Freud und Leid wieder mit neubeflebender Kraft hervor.

Der Wunsch, daß endlich mit zersiehenden und persönlichen Verhehungen gewerkschaftsfeindlicher Strömungen Schluß gemacht wird, ohne jedoch befruchtende und aufklärende Meinungsverschiedenheiten zu ersticken, ringt sich erfreulicherweise immer mehr durch und vertritt unserm inneren Verbandsleben einen höheren Gehalt zu geben. Mag auch da oder dort dieser Wille zu gemeinsamer kollegialer Gemeinschaftsarbeit noch nicht so einheitlich und durch persönliche Leidenschaftlichkeit des einen oder andern Temperaments noch mehr oder weniger getrübt sein, so sind doch allgemeine und untrübbliche Anzeichen dafür vorhanden, daß der Stern diktatorischer Bevormundung durch gewerkschaftsfeindliche Kreise im Sinken begriffen ist, und überall wieder neues Leben aus den Ruinen schwerer Zeiten sproßt.

Getragen von dieser erfreulichen Wahrnehmung und in der fähigen Hoffnung, daß diese Geduldungsphasen dann beitragen werden, unsern Verband wieder zu einem stärkeren Fortschritt für uns alle werden zu lassen, hat sich der Verbandsvorstand, wie aus umstehender Bekanntmachung

Neue Beitrags- und Unterstützungsätze

Durchführungen von der Notwendigkeit, die Einrichtungen des Verbandes in jeder Weise zu vervollkommen, dabei aber auch die Stärkung der Verbandskasse und die weitere Vervollkommnung der Unterstützungseinrichtungen nicht aus dem Auge zu verlieren und in Anbetracht der im zweiten Quartal eingetretenen Lohnverbesserungen hat der Verbandsvorstand nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Der **Verbandsbeitrag** beträgt vom 29. Juni 1924 an

für Vollmitglieder 1,20 Goldmark

für Gewerkschaftsmitglieder 0,90 G.-M., für Invalidenkassenmitglieder (§ 6a der Satzungen) 0,30 G.-M.

Der **Beitrag zur Lehrstube** beträgt (wie bisher) 10 G.-Pf.

Zu diesen Sätzen kommen für Voll- und Gewerkschaftsmitglieder noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge, die im allgemeinen zusammen 50 Proz. der Verbandsbeiträge nicht überschreiten sollen.

Am **Eintrittsgeld** werden erhoben: Für Neueintretende (§ 3 Abs. 1 der Satzungen) 0,60 G.-M., für Wiedereintretende (§ 3 Abs. 2 der Satzungen) 1,20 G.-M.

Im dritten Quartal werden außerdem

zwei Extrabeiträge zu je 1,00 Goldmark

erhoben, die am 12. Juli und 9. August einzuziehen sind.

Für die **Unterstützungen** gelten vom 29. Juni an folgende Sätze:

Reiseunterstützung:
nach 13 bzw. 26 Beiträgen pro Tag 0,70 M.
nach 75 Beiträgen . . . pro Tag 1,10 M.

Ortsunterstützung:
nach 52 Beiträgen . . . pro Tag 0,70 M.
nach 150 Beiträgen . . . pro Tag 0,90 M.
nach 500 Beiträgen . . . pro Tag 1,10 M.

Gemeinregelunterstützung:
nach 52 Beiträgen . . . pro Tag 1,50 M.
nach 150 Beiträgen . . . pro Tag 2,00 M.
nach 500 Beiträgen . . . pro Tag 2,50 M.

Krankenunterstützung:
nach 26 Beiträgen . . . pro Tag 0,70 M.
nach 250 Beiträgen . . . pro Tag 0,90 M.

Invalidenunterstützung:
in der niedrigsten Staffel pro Tag 0,70 M.
in der mittleren Staffel . . . pro Tag 0,90 M.
in der höchsten Staffel . . . pro Tag 0,90 M.

Umzugsunterstützung:
von 20 M. bis zum Höchstsatze von 80 M.

Begräbnisgeld:

nach 52 Beiträgen	50 M.
nach 100 Beiträgen	75 M.
nach 250 Beiträgen	100 M.
nach 500 Beiträgen	125 M.
nach 750 Beiträgen	150 M.
nach 1000 Beiträgen	175 M.
nach 1250 Beiträgen	200 M.
nach 1500 Beiträgen	225 M.

Den aus dem Krankenhaus entlassenen Reisenden (§ 9 der Unterstützungsbestimmungen) werden für jede dort zugebrachte Woche (Krankheitsdauer unter vier Tagen wird nicht gerechnet) 2,70 M. gewährt, und zwar bis zur Gesamtdauer von sieben Wochen = 4,90 M. Auf laufende Krankenunterstützung haben reisende Mitglieder, die sich in Krankenhäusern befinden, keinen Anspruch.

In der **Wesungsdauer** der einzelnen Unterstützungsbezüge hat sich nichts geändert.

Die Notwendigkeit der Extrabeiträge ergibt sich daraus, daß nach dem Eintreten einer gewissen Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch der Zeitpunkt gekommen ist, die von verschiedenen Verbandstagen beschlossene Verlegung des „Korr.“ nach Berlin in die Wege zu leiten. Nach eingehender Prüfung kam der Verbandsvorstand zu der Überzeugung, daß diese Frage nur dann befriedigend gelöst werden kann, wenn zugleich auch der Beschluß des Nürnberger Verbandstages auf Errichtung eines Verbandshauses durchgeführt wird. Durch Erhebung der beiden Extrabeiträge soll der Verbandsvorstand in den Stand gesetzt werden, die zurzeit auf dem Bauplatz herrschenden günstigen Verhältnisse auszunutzen. Weiter erforderlich werdende Aufklärung wird durch den „Korr.“ erfolgen.

Berlin, den 18. Juni 1924.

Der Verbandsvorstand

zu versehen ist, nach reiflicher Abwägung der Gesamtlage entschlossen, die Sitzpfeiler des Verbandes neu zu festigen. Sowohl die Beitragsleistung wie auch die daraus zu schöpfenden Unterstützungen in allen ihren Zweigen werden dadurch auf eine bessere Grundlage als bisher gestellt. Der Verbandsbeitrag wird ab 29. Juni um 20 Pf. wöchentlich, dafür aber die täglichen Unterstützungsätze durchschnittlich um ebenfalls 20 Pf. erhöht.

Es wird zwar diese Maßnahme nicht den Beifall verdienen finden, die in den Gewerkschaften nur einseitige Kampforganisationen erblicken, dabei aber vollständig übersehen, daß gerade in den Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes ein großer Teil jener Ursachen gegeben ist, die sich als gegenseitige kollegiale Hilfe in besonderen Notlagen von jeher als zuverlässigstes Bindemittel unserer Kollegenschaft über das ganze Reich bewährt haben. Wir verkennen keineswegs die Mühe und hingebungsvollen Verwalter unserer Organisation in allen Gauen erforderlich ist. Aber wir wissen uns eins mit diesen treuen Sachwaltern der materiellen Interessen unserer Kollegenschaft, daß der Verband gerade durch diese Unterstützungseinrichtungen nicht nur in materieller, sondern auch in ideeller Hinsicht ein starkes Bollwerk gegen jealöse Zersplitterung

der deutschen Buchdrucker geworden ist. Gerade die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes, die unsern Kollegen in Stadt und Land vom Beginn bis zum Ende ihres beruflichen Lebens als Stützen in Not und Leid dienen, haben es bisher verhindert, daß unser Verband für seine Mitglieder nur eine Durchgangsstation wurde wie so viele andre Gewerkschaften.

Man mag die Notwendigkeit solcher Hilfsmittel von gewissen grundsätzlichen Anschauungen über den notwendigen Kampf der Arbeiterschaft gegenüber der privattkapitalistischen Unterdrückung aus bebauern; aber damit ist uns leider nicht geholfen. Solange Staat und Gesellschaft noch so wenig an sozialen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitslosen, Kranken, Invaliden usw. übernehmen wollen wie heute, wäre es verkehrt, wenn wir diesem Übel nicht durch zweckdienliche Selbsthilfe nach Möglichkeit Abbruch tun würden. Indem wir aber dies tun, schaffen wir gleichzeitig auch einen großen Teil jener Voraussetzungen, die unerlässlich sind, wenn wir überhaupt durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß im Rahmen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vorwärts und aufwärts kommen wollen.

Denn es ist selbstverständlich, daß die neue Beitragsfestsetzung nicht nur zur Deckung der erhöhten Unterstützungen dienen soll. Auch letztere bewegen sich noch innerhalb der vom Verbandstag in Leipzig gezogenen grundsätzlichen Grenzen. Die Notwendigkeit einer materiellen Festigung und Sicherung unserer eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben ist daher ebenfalls berücksichtigt. Da es sich jedoch in dieser Frage um ein Gebiet handelt, von dem aus taktischen Gründen in der Öffentlichkeit am besten überhaupt keine Einzelheiten ertörtet werden, so müssen wir es dem sachlichen wie grundsätzlichen Urteilsvermögen unserer Leser überlassen, die entsprechenden genaueren Schlussfolgerungen zu ziehen. Die besonderen Anhänger der Unterstützungseinrichtungen werden bei objektiver Prüfung der neuen Unterstützungsätze feststellen können, daß ein wesentlicher Fortschritt in Frage kommt, während die prinzipiellen Gegner der Unterstützungseinrichtungen wohl kaum übersehen dürften, daß die neue Beitragsfestsetzung und die im Rahmen der Richtlinien des Leipziger Verbandstages gehaltenen neuen Unterstützungsätze der erforderlichen Festigung unseres Verbandes in prinzipieller Hinsicht nach Möglichkeit Rechnung zu tragen suchen. Der Verbandsvorstand hat damit bewiesen, daß er Licht- wie Schattenseiten der organisatorischen, gewerkschaftlichen und tariflichen Verhältnisse sehr gut gegeneinander abzuwägen versteht und als verantwortliche Leitung unserer Organisation die Dinge erkennt und beurteilt, wie sie sind und nicht, wie sie sein sollten. Wir glauben daher in keiner Weise fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß diese Maßnahmen des Verbandsvorstandes bei allen Mitgliedern des Verbandes Verständnis und entsprechendes Pflichtbewußtsein im Interesse jedes einzelnen Kollegen wie zum Nutzen des ganzen Verbandes finden wird.

Dieses allseitige Verständnis in Kollegentreisen wird zweifellos auch der schon von dem Nürnberger Verbandstag beschlossenen Errichtung eines eigenen Verbandshauses mit endlicher Verlegung des Verbandsorgans und dessen Herstellung in einer eignen Druckerei an den Sitz des Verbandsvorstandes nicht versagt sein. Wenn auch mit der Schaffung einer Druckerei des Bildungsverbandes in Leipzig die Herstellung des „Korrespondent“ sozusagen schon seit 1 1/2 Jahren in eigener Regie erfolgt und somit besondere privattkapitalistische Gewinne bei diesem Unternehmen ausgeschaltet wurden, so war doch diese Lösung keine befriedigende. Denn neben den für eine Druckerei unseres Verbandes sehr mangelhaften Räumlichkeiten (insbesondere für den Maschinensaal und die Stereotypie) der Buchdruckwerkstätte in Leipzig bildete die örtliche Trennung zwischen Verbandsvorstand und Redaktion des Verbandsorgans ein in den Jahren nicht mehr zu überbietender Verhandlungshochkonjunktur mit der Unternehmenseite naturgemäß mehr empfundenes Hindernis für ein bis zur letzten Möglichkeit entwickeltes Zusammenarbeiten der beiden Hauptorgane in unserer alten Gewerkschaft: Verbandsvorstand und Redaktion. Es ist hier allerdings nicht der Ort, Einzelheiten dieser Schwierigkeiten aufzuroffen. Wenn auch ohne jede Überhebung der einen oder andern Seite gesagt werden kann, daß sowohl Hauptvorstand wie Redaktion besonders in den schweren letzten Jahren alle Hindernisse der örtlichen Trennung ohne besondere Störungen zu überwinden bestrebt waren, so war doch manche Verzögerung der gegenseitigen Verständigung vorhanden, die auch trotz der größten persönlichen aufopfernden Hingabe auf beiden Seiten nicht immer zu vermeiden war. Jedenfalls steht fest, daß manches leichter und besser zu bewältigen gewesen wäre, wenn Hauptvorstand und Redaktion sozusagen gemeinsam unter einem Dache der Organisation hätten dienen können. Die dafür sprechenden Gründe haben schon mehrere Generalversammlungen des Verbandes beschlüsselt (auf der Generalversammlung des Unterstützungsvereins in Gotha 1886 wurde zum ersten Male die Verlegung des „Korr.“ beschlossen!), und insbesondere der Verbandstag in Nürnberg hat sich in klarer Weise für die Errichtung eines eigenen Verbandshauses am Sitz des Ver-

landsvorstandes und für die dementsprechende Übersiedlung der „Korr.“-Redaktion ausgesprochen. Wenn dieser Beschluß bisher nicht ausgeführt werden konnte, so lag dies in erster Linie an den unsicheren wirtschaftlichen Verhältnissen und den traurigen Zuständen auf dem Boden und Baumarkt. Nachdem sich nun auf diesem Gebiete wesentliche Veränderungen vollzogen haben und sich voraussichtlich in absehbarer Zeit wohl kaum noch eine günstigere Gelegenheit bieten wird, hat sich der Verbandsvorstand nach genauer Prüfung aller in Frage kommenden Umstände entschlossen, dem Antrag des Nürnberger Verbandstages Rechnung zu tragen und die Errichtung eines Verbandshauses in Berlin und die Verlegung des „Korr.“ nach dort in die Wege zu leiten.

Da jedoch die Durchführung dieses Projektes mit einer erheblichen Belastung der Verbandskasse verbunden wäre, die infolge der noch vorhandenen Wunden aus der Inflationszeit dem Verband die Erfüllung seiner gewerkschaftlichen Aufgaben außerordentlich erschweren würde, sieht sich der Verbandsvorstand genötigt, einen zweimaligen Extrabeitrag von je einer Mark am 12. Juli und am 9. August d. J. zu erheben. Denn wenn dieses Projekt durchgeführt werden soll, so wird es zweifellos von allen Kollegen als richtig anerkannt werden, daß etwas Ganzes und in Hinsicht auf die Druckereierichtung Mustergültiges geschaffen wird. Es handelt sich hierbei um ein Stück Eigenproduktion, womit bewiesen werden soll, daß auch ohne besondere privatkapitalistische Profitgiererei eine Buchdruckerei sehr gut bestehen kann. Da es sich bei den der Druckerei zufallenden Arbeiten neben der Herstellung des „Korr.“ und des „Tungbuchdruckers“ in erster Linie um solche handeln wird, die den Bedürfnissen des kollegialen, kulturellen und technischen Strebens sowie der Verwaltung unserer Organisation entsprechen, so wird der Nutzen der Druckerei allen unsern Mitgliedern zugute kommen.

Da das in Frage kommende Verbandshaus nebst Druckereierichtung für die Zukunft als Sachwert ersten Ranges gelten kann und infolge seines hohen Nutzungswertes für die Organisation schon rein materiell als verbender Vermögenswert zu beurteilen ist, so bedeutet dieser Extrabeitrag gleichzeitig eine wesentliche Stärkung des Verbandsvermögens und damit auch eine Festigung seiner gewerkschaftlichen Widerstandskraft. Die damit gesicherte Erleichterung und Verbilligung der Herstellung des „Korr.“ wird sowohl ideell wie materiell dem ganzen Verbandsverbande von Nutzen sein und das dafür gebrachte Opfer der Kollegschaft in jeder Beziehung sicher rechtfertigen. Wir sind überzeugt davon, daß der Verbandstag in Hamburg das inzwischen ausgearbeitete Projekt des Verbandshauses nebst eigener Druckerei in Berlin ohne jeden Widerspruch genehmigen wird. Denn es steckt darin nicht nur der Gedanke des Wiederaufbaues, sondern die Fundamentierung eines Neubaus, der befunden soll und wird, daß die deutschen Buchdrucker nach schweren Jahren der Entbehrung und Not wieder Kraft und Mut gewonnen haben, ihren Verband zu einem stärkeren Bollwerk gegen privatkapitalistische Ausbeutung auszubauen als je zuvor.

In diesem Sinne möge das diesjährige Johannisfest bei allen Kollegen die Herzen höher schlagen lassen und dem Gedanken wieder freie Bahn brechen, daß der Verband wieder von neuem ihr Wort und Schutz sein wird in allen Lebenslagen, weil jeder einzelne von uns sich bewußt sein kann und darf, daß gleich wie er selbst an diesem Werke mitwirkt und mitbaut, er ringsum im deutschen Lande Kollegen um sich hat, die unter dem Schutze des Verbandes wieder Hoffnung auf bessere Zeiten haben können!

Auf zur gewerkschaftlichen Arbeit!

Der neue Tarif ist unter Dach und Fach. Eine ruhigere Zeit wird der Aufregung der letzten Monate folgen, und das ist gut. Nun wird aber für viele unserer Kollegen das Interesse wieder erlahmen, denn — leider muß dies gesagt werden — für einen ziemlich großen Teil unserer Mitglieder, hauptsächlich die jungen, haben nur Lohnverhandlungen ein Interesse, weil sie die Organisation und deren Führer leider zu sehr durch die materielle Krise betrachten.

Und doch, wie nötig haben noch so viele Mitglieder gewerkschaftliche Schulung! Es muß zugegeben werden, daß durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Zeit das ganze Augenmerk, die ganze Kraft der Gewerkschaften, soweit sie überhaupt noch aktions- und lebensfähig geblieben sind, immer und immer wieder auf die Lohnverhandlungen geworfen werden mußte, so daß für rein gewerkschaftliche Arbeit wenig oder gar keine Zeit verblieb. Aber jetzt, wo diese Fragen für einige Zeit gelöst sind, muß mit aller Kraft an die gewerkschaftliche Arbeit, an die gewerkschaftliche Schulung herangegangen werden. Jetzt heißt es, sich vorbereiten auf die kommenden Dinge. Es wird für die deutsche Arbeitererschaft nach geistiger Vorbereitung nun von selbst ein Entschluß von Kämpfen einsehen, mögen sie heißen, wie sie wollen. Aber diese Kämpfe werden entscheidend sein für die zukünftige Stellung der Arbeit und der Arbeiter in der Gesamtgesellschaft.

Die Durchbildung der Gewerkschaftsmittelglieder kann aber nur dann erfolgen, wenn unsere Kollegen sich dessen bewußt sind: Gewerkschaftler

sein, heißt mehr als nur Beiträge zahlen und Unterstützungen empfangen! Gewerkschaftler sein, heißt: Mitarbeiten an der Bewältigung und der Problemlösung, die sich die Gewerkschaften zum Ziele gesetzt haben; fleißiger Besuch der Versammlungen, eifriger Leser des „Korr.“ und gewissenhafte Erfüllung der gewerkschaftlichen Pflichten! Unser Verbandstag in Hamburg wird sich mit Fragen zu beschäftigen haben, die ein eingehendes Studium seitens unserer Kollegen erfordern, und um dies Studium zu erleichtern, muß es Aufgabe jeden Mitarbeiters sein, sich mehr wie bisher in den Gewerkschaftsgedanken einzuleben. Die deutschen Gewerkschaften haben eine schwere Krise durchgemacht und sich zum Teil schnell erholt. Nun ist es an der Zeit, die Probleme einer Lösung entgegenzuführen. Das kann aber nur, wie gesagt, geschehen, wenn jedes Mitglied nach Kräftigen mitarbeitet und nicht dadurch, daß man zu Hause bleibt, in der Ruhe schimpft und kritisiert, wenn das eine oder andre nicht nach der Mühe geht, oder sich in allen nur erdenklichen Bereichen betätigt, die letzten Endes viel Geld kosten und nichts nützen.

Darum, Kollegen, euer Platz ist in den Versammlungen! Eure Arbeit gehört der Organisation! Aufgewacht zu neuer positiver Gewerkschaftsarbeit! Die letzte Bewegung hat gezeigt, daß ein geschlossenes Ganzes immer noch ein achtunggebietender Faktor ist. Macht euren Funktionären wieder Freude an der Arbeit — es ist zu eurem Nutzen.

Dillseldorf.

G. S. H.

Gau Thüringen

Im „Gewerkschaftshaus zum Löwen“ zu Jena tagte am 31. Mai und am 1. Juni die ordentliche Gauversammlung. Gauvorsitzer Wislaug eröffnete um 3¼ Uhr nachmittags mit Worten der Begrüßung die Tagung, sprach den kämpfenden Bergarbeitern die vollste Sympathie des Gaultags aus, gedachte der Toten der letzten beiden Jahre, vor allem der langjährigen Funktionäre Massini (Berlin), Deuschel (Jena), Schubert (Gera) und verlas die von den Kollegen Prox (Weimar), König (Galle) und Jante (Gera) eingegangenen Begrüßungsschreiben. Im Namen der Jenaer Kollegschaft begrüßte Vorsitzender Klopfer den Gaultag, daran erinnernd, daß 25 Jahre verfloßen seien, seitdem der letzte Gaultag in Jena stattgefunden habe, und im Auftrage der Jenaer Arbeitererschaft wünschte Arbeitersekretär P Lorenz den Verhandlungen besten Verlauf.

Die Feststellung der Anwesenheitsliste ergab die Teilnahme von drei Gauvorsitzern und 51 Delegierten. Als Gäste waren anwesend vom Verbandsvorstande Kollege Seib und vom ADWB. Thüringen der Bezirkssekretär Hartmann (Jena).

Den Geschäftsbericht erstattete Gauvorsitzer Wislaug. Er gab ein Bild von der Arbeit des Gauvorstandes während der Berichtsperiode 1922/23. An 50 Versammlungen im Gau nahm ein Mitglied des Vorstandes teil, drei Bezirksvorsitzerkonferenzen wurden abgehalten, außerdem machte die fast immer bedrohliche organisatorische und tarifliche Lage zahlreiche Rundschreiben an die Funktionäre und Mitgliedern notwendig. Übergend zur Aprilbewegung, schilderte er die Vorgänge im Gau und verwies auf die den Delegierten vorliegende tabellarische Zusammenfassung; einzelne Orte hätten verpaßt. Bezüglich des von der Bezirks- und Ortsvorsitzerkonferenz am 10. April beschlossenen Extrabeitrags, der in den meisten Mitgliedern starken Unwillen erregte, wies er darauf hin, daß der Gauvorstand diesen Beschluß auf Grund des Statuts durchführen mußte. Die abgeänderte Form entsprach vollkommen diesem Beschluß und der veränderten Situation nach der Konferenz. Mit der Feststellung, daß trotz der Schwere der Zeit unsere Reihen und damit die Organisation intakt geblieben seien, mit warmen Worten des Dankes an die Mitglieder sowie vor allem an die Funktionäre für treue Mitarbeit und mit dem Wunsche einer gerechten Würdigung der schwierigen Arbeit des Gauvorstandes beschloß er seine Ausführungen.

Der vom Gauvorsitzer Martini erstattete Kassenbericht zeigte noch einmal den katastrophalen Verfall unserer Währung. Da die Berichte gedruckt vorlagen, sah er von einer eingehenden Berichterstattung ab. Beanstandungen von Seiten der Revisoren sowie von der Hauptverwaltung waren fast nicht zu verzeichnen. Die Arbeiten einzelner Kassierer konnten allerdings besser sein, doch mag auch hier der Inflationszeit ein großes Teil Schuld angerechnet werden; er hoffe aber, daß nun nach Eintritt stabiler Verhältnisse auch hierin eine Besserung eintrete. Nach einer kurzen Belehrung über die zu einer geordneten Geschäftsführung gehörigen Notwendigkeiten sprach er den Kassierern in den Orten und Bezirken den Dank der Verwaltung für ihre aufopfernde Tätigkeit aus. Das Vermögen der Gaukasse betrug 80 000 M. zu Anfang 1922 und 1 200 M. am Ende des Jahres 1923. Mitglieder waren am Ende des Berichtsjahres 2673 vorhanden, darunter 2111 zu Anfang 1922.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Gewerkschaftliche Tagesfragen“, hatte Kollege Seib das Referat übernommen. Seine äußerlich sachlichen Darlegungen teilte er ein mit Rücksichtnahme und Zurückweisung einzelner Annahmen im Bezugsartikel der Jenaer Kommunistischen „Neuen Zeitung“ zum Gaultag und stellte fest, daß dies lediglich Voraussetzung als Prinzip sei. Eingehend behandelte er weiter den acamunisten in den Gewerkschaften tobenden Abtunungsstreik und bemerkte, daß im großen und ganzen die deutsche Kollegschaft hinter ihren gewählten Führern gestanden habe. Die Aprilbewegung kurz freizubehalten, leitete er über auf die letzten Tarifverhandlungen und gab ein anschauliches Bild über den Verlauf und das Ergebnis derselben, dabei

erwähnt, daß die Situation diesmal im Gegensatz zu Ende vorigen Jahres vollständig anders war, indem die Prinzipalität grundsätzlich für den Tarif gewogen sei. Bezüglich der Maschinensteuer vertrat Redner die Auffassung, daß an der 2-prozentigen Soherentlohnung festgehalten werden müsse, wenn diese auch bei den letzten Verhandlungen noch nicht zu erreichen gewesen sei. Weiter erwähnte er das Arbeitszeitabkommen und bezifferte die 12 1/2 Proz. Aufschlag für die Mehrstunden als einen nicht gering zu veranschlagenden Vorbehalt, wenn man bedenke, daß heute bei derartigen Verhandlungen meistens nur Sondier- und berufs-fremde Kuriernehmer auf der Gegenseite die Situation beherrschen. Mit einer kurzen Streifung der Frage des Industrieverbandes schloß er seine Ausführungen, die von der Versammlung beifällig aufgenommen wurden.

Die sich an die Berichte und das Referat anschließende Aussprache war eine äußerst ergiebige. Einzelne Redner übten scharfe, aber sachliche Kritik, in der Hauptache an der Haltung des Verbandes und des Gauvorstandes zur Aprilbewegung; mehrere Redner machten aber auch die Kollegen selbst für das Wüstlingen an einzelnen Orten verantwortlich. Im allgemeinen wurde jedoch die Tätigkeit des Gauvorstandes anerkannt. Der ausgeschriebene Extrabeitrag sollte auf Antrag von Rudolfstift Herabsetzung erfahren. Nach kurzer Debatte verfiel derselbe jedoch der Ablehnung; der vom Vorstand erhobene Betrag wurde einstimmig genehmigt mit der Maßgabe, daß alle Verweigerer des Extrabeitrags aus der Organisation auszuschließen sind. Dem Gauvorstand wurde hierauf einmütig Entlastung erteilt.

Anschließend berichtete die Kommission zur Festsetzung der Tagelöhner. Die Vorschläge derselben wurden einstimmig angenommen und bei dieser Gelegenheit den kämpfenden Bergarbeitern 200 M. aus der Gaukasse bewilligt (die gleiche Summe hatte der Gauvorstand bereits früher abgefordert).

Nach einer kurzen Mittagspause erfolgte die Beratung und Beschlußfassung über eingegangene Anträge. Zu § 5 der Satzungen wurde ein neuer Absatz, der dem Gauvorstande nach Zustimmung der Bezirksvorstände das Recht einräumt, eine Änderung des Gaubeitrags je nach dem Stande der Gaukasse zu beschließen, mit der Streichung des letzten Absatzes angenommen, § 6 in der vom Vorstand beantragten Fassung genehmigt und zu § 10 unter Ablehnung der Anträge von Pöbneck und Koburg beschloßen, daß die bisherige Zusammensetzung der Gauversammlung bestehen bleibt. § 13 Abs. 1 erhielt die Fassung, daß in Zukunft der gesamte Gauvorstand auf dem Goutage vertreten ist. Ein von Gera gestellter Antrag zur Einführung des „Korr.“-Obligatoriums durch den Gau verfiel nach kurzer Debatte der Ablehnung. Die Anträge von Langensalza und Jena, welche zur Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens unter den Mitgliedern mehr Auffklärung durch Stellung von Referenten verlangten, wurden nach der Erklärung des Gauvorstehers dahingehend erledigt, daß nach Möglichkeit jeder Ort wie bisher zweimal im Jahre Referenten bekommen solle. Eine längere Aussprache seitigten mehrere Anträge, die zur Beibringungsfrage gestellt waren. Nach einem kurzen Referat des Gauvorstandsmitgliedes Böltger (Weimar) beschloß der Goutag die Bestellung eines ehrenamtlich tätigen Gauingenieurs, bei dem alle Fäden der Beibringungsorganisation des Gaus zusammenlaufen, der befruchtend auf die Arbeit in den Orts- und Bezirksbeibringungsabteilungen wirken und der in engerer Gemeinschaft mit dem Gauvorstand arbeiten soll; von diesem erhält er auch eine angemessene Entschädigung. Als solcher wurde der Leiter der Abteilung Erfurt, Kollege Kutschbach, einstimmig gewählt. Ferner wurde beschloßen, daß möglichst alle Jahre im Gau ein Jungbuchdruckerstag stattfindet. Den in diesem Jahre nach Chemnitz fahrenden Jungbuchdrucker bewilligte man das Fahrgeld 4. Klasse aus der Gaukasse.

Eine schnelle Erledigung erfuhr der Punkt Bezirkseinteilung, indem die vom Gauvorstand vorgeschlagene Regelung nach kurzer Debatte mit einer ganz geringen Änderung angenommen wurde. Nach dieser wird der Bezirk Gotha in einen Bezirk Eisenach und einen Bezirk Mühlhausen geteilt. Von dem Bezirk Gera werden zwei Orte zum Bezirk Jena geschlagen und fünf um und südlich von Pöbneck liegenden Orte mit diesem in einem Bezirk Pöbneck vereinigt.

Der Gaubeitrag wurde mit 10 Pf. beibehalten. Die Entschädigungen für die Gauvorstandsmitglieder und Revisoren, für den Vorsitzenden, Schriftführer und die Besitzer des Schiedsgerichts sowie für die Arbeitsnachweisverwalter erfahren eine Erhöhung. Die Rückverteilung an die Bezirke bleibt wie bisher 7 1/2 Proz.

Zum Tagesordnungspunkte „Anträge an die Generalversammlung des Verbandes“ lag eine Reihe von Anträgen vor, die teils durch Zustimmung, teils durch Zurückziehen ihre Erledigung fanden. Christmann angenommen wurden u. a. die von Wolda und Pöbneck gestellten Anträge, die sich mit der Zurechnbarkeit in Stahlhelm, Wechawall, Nationalsozialistische Arbeiterpartei, Technische Rottkille usw. befaßten. Ein Wunsch Altenburgs, daß die Delegierten zur Generalversammlung in Hamburg dafür eintreten möchten, den nächsten Beirandstos in Altenburg abzuhalten, wurde nur Kenntnis genommen.

Selbst wurden die Kandidaten zur Delegiertenwahl für die Generalversammlung des Verbandes nominiert, und zwar folgende Kollegen: Blüthgen (Eisenach), Kühn (Pöbneck), Klopfer (Jena), Ranke (Gera), Reichardt (Altenburg), Stange (Erfurt), Swolinski (Mühlhausen), Teichmann (Frankfurt) und Wislaun (Weimar).

Die Gauversammlung wurde Weimar wiederum gewählt. Die Schiedsrichter des Bezirks Mühlhausen erloßte einhellig Gera, der Eisenach sowie Koburg als Ort der nächsten Gauversammlung bestimmt.

Unter „Sonstigem“ stimmte man u. a. der Anregung zu, den Jahresbericht wieder in größerem Umfange in die Hände der Mitglieder gelangen zu lassen. Ein Protest gegen den Abbau der Arbeiterbildungsstätten in Jena und Jena seitens der Thüringer Regierung fand einstimmige Annahme.

In seinem kurzen Schlusswort stellte der Gauvorsteher Wislaun fest, daß die Verhandlungen durchaus sachlich verlaufen und Meinungsverschiedenheiten in allerhöflichster Weise ausgetragen worden seien — zum Wohle des Gaus Thüringen sowie der Organisation. In das von ihm auf den Verband ausgebrachte Hoch stimmten die Anwesenden begeistert ein.

Die Generalversammlung des Vereins Witwen- und Waisenkasse fand am 31. Mai statt. Nach Feststellung der Präsenzliste und Genehmigung der Tagesordnung gab Gauverwalter Martin den Bericht des Vorstandes. Derselben ist zu entnehmen, daß die Kasse durch die Inflation in arge Bedrängnis kam. Immerhin bedeutete die Unterstützung für unsere Witwen eine kleine Hilfe. 1922 waren 2110 und Ende 1923 2463 Mitglieder vorhanden, davon 90 auswärtige; Unterstützung bezogen 89 Witwen. In den Bezirken Altenburg, Jena, Naumburg und Weimar sind die Kollegen fast restlos Mitglieder der Kasse. Das Vermögen derselben belief sich Anfang 1922 auf rund 150 000 M., Ende 1923 auf 271 M. Eine Ausprägung zu diesem Bericht wurde nicht gewünscht. Die vorliegenden Anträge des Vorstandes und der Ortsvereine fanden nach kurzer Aussprache einstimmige Annahme. Die Unterstützung beträgt ab 1. Juli d. J. 100 bzw. 120 M. jährlich, die Abfindungssumme 400 M., das Sterbegeld 60 bzw. 75 M., der Beitrag 15 Pf. wöchentlich. Die Entlastung des Vorstandes erfolgte einstimmig, ebenso die Wiederwahl desselben.

Zu Ehren der Delegierten veranstaltete der Ortsverein Jena am Abend des 31. Mai einen Festkommers, der in allen seinen Teilen als wohlgelungen bezeichnet werden kann, um so mehr, als alle Mitwirkenden Kollegen oder Angehörige derselben waren. Im Mittelpunkt des Abends stand die Ehrung von vier Jubilaren. Der Jenaer Kollegenklub nochmals vielen Dank für frohverlebte Stunden, die allen Delegierten in Erinnerung bleiben werden nach dem Wunsche ihres Vorsitzenden, der ausgedrückt wurde im letzten Satz seiner Begrüßungsansprache durch das Dichterwort: „Du, mein Jena, dein gedenk ich!“

Gau Schleswig-Holstein

In beiden Pünktstagen waren die Delegierten unseres meernaheligen Gaus in der Grenzstadt Flensburg zu erster Gewerkschaftsarbeit versammelt. Erschienen waren 36 Delegierte aus 21 Orten und als Gäste der Verbandskassierer Schweinitz (Berlin) sowie die Leiter der Nachbargaue Hamburg-Altona und Mecklenburg-Lübeck, die Kollegen Rumbler und Corti (Hamburg) und Dahnke (Schwerin). Der Gauvorstand war vollzählig anwesend.

Stimmungsvoll leitete der Kollegenklub „Volkstied“ die Verhandlungen durch zwei exakt vorgetragene Lieber ein. Den Berichtsansprüchen folgten die Berichte des Vorstehers Prützer und des Kassierers Tilsner. Die Ereignisse der letzten zwei Jahre mit ihren unheilvollen Begleiterscheinungen zogen noch einmal vor unserm achtigen Auge vorüber. Die Berichte hoben aber auch den Willen zu kräftiger gewerkschaftlicher Wiederaufbautätigkeit hervor. Der Mitgliederstand des Gaus betrug zu Beginn des Jahres 1923: 869, zu Beginn 1924: 791, am Schlusse des ersten Vierteljahres 1924: 835 und zurzeit der Tagung: 876. Die Kassenlage kann den Verhältnissen entsprechend als gesund bezeichnet werden. Aus der Inflationszeit gingen wir mit einem Goldmarkbestand von 463 M. hervor; am 30. März 1924 war ein Bestand von 2702 M. vorhanden. Es geht demnach nach den Monaten des Abstiegs wieder aufwärts auf beiden Gebieten.

Kollege Wieland vom Gauvorstand sprach anschließend über den Stand der Beibringungsabteilung und konnte für den Gau berichten, daß nur wenige Jungbuchdrucker der Abteilung fernstünden. Die Bildungsarbeit sei zwar sehr schwer in unserm weitverbreiteten Gau, doch müsse immer wieder fördernd auf die Bewegung eingewirkt werden. Am 10. August d. J. werde der zweite Gauingenieurtag in Kiel stattfinden. Auch sei besonders für die kleinen Gaue mit vielen Landorten die Schaffung einer Jugendzentrale vorteilhaft.

In den Berichten der Bezirksvorsteher kamen dann noch einmal die letzten Vorkommnisse in Spezialberichterstattung zum Ausdruck. Gestalt wurde dabei über mangelhafte Verbindung mit den Bezirksorten.

Punkt „Anträge“ entwickelte eine Debatte über die Zweckmäßigkeit der Neueinteilung der Gaue. Von den Kollegen Schwert und Kunze wurde darauf hingewiesen, daß es in absehbarer Zeit zu einer Neueinteilung, und zwar nach den bisherigen Tarifstreifen, kommen müsse, andererseits erhoben sich aus dem Delegiertenkreise Stimmen, die von einer einmütigen Aufnahmevereinbarung mit dem großen Stadtgau Hamburg sich keinen Nutzen versprochen und mit Rücksicht auf die eigenartige Lage unseres Gaus dessen Bestehenbleiben forderten eventuell mit Abwendung durch Hinzuahme an der Peripherie liegender Orte. Ein Abkündigungsantrag Rakeburg-Mölln verfiel der Ablehnung; ein solcher Wunsch ist nicht zur Verhandlung, da er nicht auf der Tagesordnung stand und nicht die geschäftsverordnungsrechtliche Unterstellung in Mithinziehung fand. Die Meinung der Antragsteller ist dahin zu verstehen, daß diese Wünsche ohne Schaden bis zu der in kürzester

oder fernerer Zeit doch kommenden Neueinteilung der Gaue zurückgestellt werden können.

Die vorgesehene „Ausprache über die eventuelle Anstellung eines Gauverwalters“ zeitigte das Resultat, daß die Stelle eines Gauverwalters ausgeschrieben und die Anstellung alsbald nach dem Verbandstag erfolgen soll. Die Debatte ergab nur wenige Ablehner der Anstellung überhaupt, diese hielten sie noch für verflucht; auseinander gingen die Meinungen dann darüber, ob dem Anstellten die Gauvorstehergeschäfte mit zu übertragen seien oder nicht. Die Frage wurde jedoch lediglich von der Zweckmäßigkeitseite betrachtet, da praktisch alle Gaue schließlich doch auf dem zu schaffenden Bureau zusammenlaufen würden.

In vorzüglicher Weise leitete sodann Kollege Sch w e i n die Ausprache über den Hamburger Verbandstag ein. Er schilderte uns die verflochtene und derzeitige Lage sowohl im allgemeinen als auch in gewerblicher und organisatorischer Hinsicht, dabei wertvolle Einblicke gebend, die die jetzige Verbandstaktik verständlicher machten. Das Zwangs-Schiedsverfahren erfuhr Erläuterung, das Industrieverbandsproblem, die Jugendarbeit, die Frage der gewerkschaftlichen Durchbildung instruktives Schlußwort. Die Diskussion war sehr reger und erbrachte im allgemeinen volles Verständnis für die Tätigkeit der Verbandseitung. In den Vordergrund wurde immer wieder die Notwendigkeit der Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens gestellt. In diesem Sinne fanden dann auch zwei Anträge zum Verbandstag Annahme. Der erste fordert das „Korr.-Obligatorium und Rückkehr zum dreimal wöchentlichen Erscheinen des „Korr.“, der zweite die möglichst baldige Anstellung eines Jugendsekretärs, der u. a. die Aufgabe erhält, die Abteilungen mit Bildungsmaterial zu versehen.

Gauvorstandsmitglied Lorenzen sprach in längerer Ausführungen über die Bedeutung der Wirtschafts- und Sozialpolitik für die Gewerkschaften. Ihren Niederschlag fanden seine Worte einmal in einem Antrag auf baldige Wiederherausgabe der Betriebsratszeitung „Graphischer Bund“ und, soweit dies nicht angängig, auf Herausgabe einer mindestens monatlich erscheinenden Betriebsratsbeilage zum „Korr.“. Zum andern wird vom Verbandstag in einem Antrag verlangt, daß er nachdrücklich fordere die restlose Durchführung der im Art. 165 Nr. vorgesehenen Rätegesetzgebung, die beschleunigte Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts und allgemeine Arbeitsgerichte auf der Grundlage der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sowie die Zusammenfassung und den Ausbau der Sozialgesetzgebung, insbesondere Rückkehr zum uneingeschränkten Achtstundentag.

Als Kandidaten zum Verbandstag wurden nominiert: Blunk (Heide), Knauer (Hensburg), Lorenzen (Kiel), Neukirch (Eckernförde), Prütter (Kiel), Schulz (Kiel). Hieron sind drei zu wählen, der dritte gilt als Stellvertreter.

Aber die „tarifliche Lage“ verbreitete sich Kollege Kunzler (Hamburg) in von ihm gewohnter prägnanter Form. Nach einem allgemeinen Überblick über die Vorgänge bei früheren wie den letzten Verhandlungen erläuterte er die wichtigsten Neuerungen. Die Debatte war auch hier anregend; man anerkannte die jeweilige schwierige Stellung unserer Unterhändler. In wirkungsvoller Weise beteiligte sich hier wie auch bei andern Punkten Kollege Da h n e (Schwerin) an der Ausprache. Im Schlußwort führte der Referent noch manche strittige Frage auf.

Der Gaubeitrag verbleibt vorläufig in alter Höhe. Für außerordentliche Ausgaben wurden dem Gauvorstand 1000 M. zur Verfügung gestellt. Die Entschädigung der Gauvorstandsmitglieder, Schiedsamtmitglieder, Arbeitsnachweisverwalter erfuhren nach den Vorschlägen einer Kommission feste Regelung. Eine Bezirksvorsteherkonferenz, die nach dem Verbandstag zusammentritt, wird u. a. die durch die Anstellung eines Kollegen notwendigen Satzungsänderungen vornehmen.

Als Vorort wurde wiederum Kiel bestimmt und die drei geschäftsführenden Kollegen Prütter als Vorsteher, Tilsner als Kassierer und Lorenzen als Schriftführer einstimmig wiedergewählt. Bei der Wahl des nächsten Tagungsortes „regnete“ es Einladungen, doch traten die Kleinen einladenden Orte großmütig zugunsten des großen Bruders Kiel zurück und baten lediglich, sie naheinander „auch mal“ zu berücksichtigen.

Im „Verschiedenen“ wurde noch eine Lanze für das Abonnement auf die „Typographischen Mitteilungen“ eingesetzt und Beschwerden über den Lübecker Arbeitsnachweis vorgebracht. Zugespitzt wurde dann noch, daß dem nächstjährigen Gaubericht wieder ein Auszug aus dem Gantagsprotokoll einverleibt wird.

Nach einem Resümee und herzlichem Dank an die Hensburger Mitgliedschaft für überaus gastliche Aufnahme fand die anregend verlaufene Tagung am zweiten Verhandlungstage mittags 1½ Uhr ihren Abschluß mit einem begeistert aufgenommenen Hoß auf den Verband.

Am 1. Pfingstabend hatte der Ortsverein Hensburg zu Ehren der Delegationen und Gäste einen wohlgelungenen Kommerzveranstaltet. Der Abend erbrachte den Beweis, daß in der nördlichsten Ecke unfres Verbandsgebietes ein Buchdruckerwöllchen lebt, das es versteht, auch bei froher Gesellschaft das Zusammengehörigkeitsgefühl zu pflegen und zu stärken. P. Os.

Korrespondenzen

G. M. Ansbach. Der Bezirksverein Ansbach hatte zum 1. Juni nach Gauverwalters keine diesjährige Versammlung in Ansbach abzuhalten, um außer der üblichen Tagungsdauer ein Referat insbes. Gau-

vorstehers Hemmerlich über das Ergebnis der Tarifberatungen entlassen zuzunehmen. In dieser Versammlung waren auch noch die umliegenden Druckorte besonders geladen; es waren erschienen von: Ansbach 32, Gunzenhausen 4, Kolditzlagen 2, Rothenthor 12, Roth a. E. 1 und Bundsheim 2 Kollegen. Kollege Hemmerlich schilderte in eingehender Weise den Verlauf der Beratungen und führte uns ein klares Bild von den veränderten Bestimmungen des Tarifes vor Augen, die Schwereitäten besonders hervorhebend, die im Laufe der zehn Tage zu überwinden waren. Nach längerer Ausprache kam die Versammlung zu dem Resultat, unter Anerkennung der Tüchtigkeit der Gehilfenvertreter dem neuen Tarife die Zustimmung zu geben, mit dem Abmaße, daß das Erhöhte lediglich eine Clavis auf dem Wege zum Ausatme des der Gehilfenchaft zugefügten Unrechtes bilden müsse, die in starrer Arbeit und rastlosem Bemühen bei jeder sich bietenden Gelegenheit verbessert werden müsse. Die Erledigung der übrigen Punkte ging schnell vor sich, da der gesamte Ausschuss, durch Zuruf wiedergewählt, die Wahl annahm. Der Bezirksbeitrag wurde auf 10 Pf. pro Woche festgesetzt und als nächster Versammlungsort Ansbach bestimmt. Von der Anstellung eines Kandidaten zum Verbandstage sah der Bezirk ab. Mit Dankworten an den Kollegen Hemmerlich und der Ermahnung zu freiem Zusammenhalten schloß der Vorsitzende die für jeden Kollegen anregend verlaufene Versammlung.

S. Aichsfenburg. In der am 3. Juni abgehaltenen Versammlung u. g. konnten wir unsern Gauvorsteher H e m m e r l i c h (München) begrüßen. In sachlicher Art und Weise gab der Referent ein klares Bild über die Verhandlungen und Ergebnisse des abgeschlossenen neuen Organisationsvertrages. Die Ausführungen fanden ungeteilten Beifall bei den zahlreichen Versammlungsbesuchern. Eine Diskussion wurde nicht befehlt, so daß der Vorsitzende K e r n w e i n, der nach einhalbjähriger schwerer Krankheit zum erstenmal wieder nach seiner Genesung die Versammlung leitete, mit einem Hoß auf den Verband dieselbe schließen konnte. — Neues Leben pulsiert wieder in unserm Ortsvereinsleben, denn nach der schweren Inflationszeit sind auch wieder die Typographische Vereinigung sowie die übrigen Spartenvereinigungen aus dem Dornröschenschlaf erwacht. Ein arbeitsreiches Feld ist für die Zukunft zu bestellen.

Donauwörth. Am 6. Juli findet am hiesigen Orte Bezirksjohannisfest des gesamten Bezirkes Donauwörth-Dillingen statt. Die Vorbereitungen sind bereits im vollen Gange. Vormittags 10 Uhr ist Festversammlung mit Referat des Gauvorstehers, nachmittags 3 Uhr Johannisfest mit Konzert, Gesangsvorträgen usw. Da auch die Kollegen Augsburgs mit dem Sängerkor „Typographia“ an unserer Veranstaltung in großer Anzahl teilnehmen, möchten wir unsre Bezirksmitglieder und umliegenden Mitgliedschaften auffordern, recht zahlreich zu erscheinen.

H. S. Dortmund. (Drucker.) In einer zahlreich besuchten Versammlung am 31. Mai nahm die hiesige Kollegenschaft zur gegenwärtigen Lage Stellung. Nach einer regen Ausprache wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Dem Drucker ist in Anbetracht der geforderten Kenntnisse sowie in Hinsicht auf die gesteigerte Verantwortung, den starken Rednerverbrauch, Unfallgefahr usw. ein Aufschlag von 25 Proz. auf den jeweiligen Tariflohn zu gewähren.“ Vom Verbandsvorstand wird erwartet, daß bei kommenden Tarif- und Löhnerverhandlungen die berechtigten Forderungen der Drucker durch Stellung entsprechender Anträge vertreten werden. Beirätigt wurde das Vorgehen unserer Brudervereine Berlin, München und Frankfurt a. M. Die Versammlung erblüht darin die ersten Schritte auf dem Wege zur Erreichung des gemeinsamen Zieles. Dem Beispietle Mündens folgend, wurde beschlossen, mit der hiesigen Handwerkskammer in Verbindung zu treten, um eine Zwischenprüfung der Lehrlinge nach zwei Jahren zu ermöglichen. Ungeeignete Elemente sollen auf diese Weise ausgemerzt oder andern Lehrdruckereien überwiesen werden. Durch Konditions- und Ortswechsel des ersten Vorsitzenden war Neuwahl desselben erforderlich. Die Versammlung wählte dazu den früheren langjährigen zweiten Vorsitzenden K a r l F i c k e r.

Kaufbeuren. Auf ein 25jähriges Bestehen seit der Gründung im Jahre 1899 kann der Typographische Klub „Spatium“ Kaufbeuren zurückblicken. Aus diesem Anlasse findet am 28. Juni abends im „Rosenbräuhaus“, verbunden mit dem Johannisfest des Ortsvereins, eine kleine Jubiläumsfeier statt. Auswärtige Kollegen, die dem „Spatium“ einmal als Mitglied angehört und denen es möglich ist, an dieser Jubiläumsfeier teilzunehmen, seien heute schon herzlich begrüßt.

Wald (Hild.). Die Versammlung am 21. Mai tätigte zwei Aufnahmen und hörte dann den Bericht des Vorsitzenden Bartels von der letzten Bezirksvorsteherkonferenz und von der Oberfelder Bezirksversammlung. Die von der Konferenz in Köln gegebenen Richtlinien wurden gutgeheißen, ferner wurde die schon alte, aber immer noch nicht erfüllte Forderung des Lokalzuschlages von 25 Proz. für Solingen-Wald-Ostfries erhoben. Die drei Orte markieren in jeder Teuerungsskala ein an der Spitze; es wird also die Nichtbewilligung dieser Forderung als Hoß auf das, „was recht und billig ist“, empfunden. Die mit der Prinzipalkommission örtlich vereinbarten Löhne brachten uns zwar immer einen höheren als den tariflichen Lohn, aber seit Anfang Dezember weinern sich einige kleinere Prinzipale, diese Sätze zu zahlen. Seit Dezember waren 25 M. in der Spitze vereinbart; es zahlten besonders die Zellulosefabriken und einige Maschinenfabriken 10, 20 und 30 Proz. über diese Sätze, etwa 50 Proz. der Solingen-Wald-Ostfries-Kollegen kennen in den Gaue dieser Gänge, auch noch dem 1. Juni. Gutgeheißen wurde der einstimmige Beschluß der Oberfelder Bezirksversammlung, aus dem Art die Kollegen Weber (Oberfeld) und

Bartels (Solingen-Wald) als Kandidaten zum Verbandstage aufzustellen. Dann nahm die Versammlung zu einer Erklärung des kommunistischen Beigeordneten, Kollege Lange (Wald), in der „Beratigen Arbeiterstimme“ Stellung. Lange war in der Wahlzeit wegen eines schon 24 Jahre zurückliegenden Falles (Westdeutsche Großdruckerei) von der bürgerlichen „Beratigen Zeitung“ auf das heftigste angegriffen worden. Lange glaubte, die Gehilfen der „B. Z.“ wären diejenigen gewesen, die der Redaktion der „B. Z.“ das Material geliefert hätten, und brachte dieses in seiner Erklärung unverblümt zum Ausdruck. In einer erregten und ausgiebigen Debatte konnte Kollege Lange keine Beweise für seine Behauptung erbringen. Es wurde von der aufbesuchten Versammlung einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Der Ortsverein Wald des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nimmt zu der Erklärung des Kollegen Lange Stellung. Sie weist mit aller Entschiedenheit den Vorwurf zurück, daß die Buchdrucker der „B. Z.“ das Material zu den Angriffen gegen ihren Kollegen Lange gegeben hätten. Letzterer erklärt, daß er sich überzeugt habe, daß die wirklichen Unterrichter in anderen Kreisen zu suchen seien und nimmt die gegen seine Verbandskollegen erhobenen Vorwürfe zurück. Die Ortsversammlung erklärt, daß Kollege Lange als Verbandsmitglied, als späterer Vorsitzender und langjähriger Vertrauensmann der früheren Westdeutschen Großdruckerei stets seine Pflicht getan hat und auch als Beigeordneter der Stadt Wald sich seiner Berufsorganisation zur Verfügung stellte. Die Versammlung verurteilt das Vorgehen der betreffenden Blätter und halten zu ihrem Kollegen.“ Diese Erklärung wurde den linksstehenden Blättern übermittelt und veröffentlicht. Das Johannisfest soll in dem schönen Ittertal gefeiert werden.

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehel

(50jährige Verbandsjubiläum)

Kollege Emil Steinwald in Bremen (Kondition: Karl Schünemann).

Sofort bei der Post den „Korr.“ bestellen!

In der Zustellung wird beim Monatswechsel nur durch sofortiges Abmelden Störung vermieden. Postaufschlag nach dem 25. Juni 20 Pf. Bezugsspreis 0,30 Goldmark für den Monat. Zustellungsgebühr 12 Pfennige extra.

Allgemeine Rundschau

Bestellungen auf Tarixeremplare nur an den Verbandsvorstand! Obwohl die Bekanntmachungen in den Nummern 50 und 51 ausdrücklich den Verbandsvorstand als Adresse für Tarifbestellungen angeben, gelangen dennoch Tag für Tag solche an die Geschäftsstelle des „Korr.“. Das geschieht nicht nur von einzelnen, sondern auch von kleinen Mitgliebschaften. Da alle solche Fehladressierungen von uns an den Verbandsvorstand weitergeleitet werden müssen, entsteht auch noch Zeitverlust. Wir ersuchen daher dringend, Tarifbestellungen nur beim Verbandsvorstand aufzugeben. Der „Korr.“ hat keine Tarif-exemplare zu versenden.

Schöf Kinal das Lied vom braven Mann! Bei der Abfahrt eines Dampfers im Kieler Hafen fiel ein Mädchen, das noch in letzter Sekunde auf den Dampfer springen wollte, in die kalten Fluten und wäre sicher ertrunken, wenn nicht der Maschinensetzer P. Ebert aus Kiel ihm in voller Kleidung nachgesprungen und es glücklicherweise an Land gebracht hätte. Bei dieser Rettungsstat verlor der Kollege nun seine Taschenuhr; dieser Schaden wurde ihm jedoch vom Wirt des „Münchener Bürgerbräu“ in Kiel am nächsten Tage durch eine silberne Taschenuhr mit Widmung für seine wackere Tat ersetzt.

Ein städtisches Berufsamt auf Zwirwegen in der Lehrlingsfrage. Das städtische Berufsamt in Düsseldorf gab sich vor kurzem dazu her, eine besondere Propaganda zur Lehrlingsgewinnung für das dortige Buchdruck-gewerbe zu treiben. In den Tageszeitungen wurde von der genannten Stelle aus die Behauptung aufgestellt, daß wohl kein Gewerbe in den letzten Jahren so wenig Nachwuchs erhalten habe wie das Buchdruck-gewerbe. In resigen Farben werden dann die sanitären und wirtschaft-lichen Verhältnisse des Gewerbes geschildert und behauptet, daß die Zeit nicht mehr fern sein dürfte, in der sich ein empfindlicher Mangel an tüchtigen Fachkräften im Buchdruckgewerbe bemerkbar machen wird. Dieser sehr einseitigen Stellungnahme des städtischen Berufsamtes zur Lehrlingsfrage in unserm Gewerbe bleiben jedoch unsere dortigen Kol-legen die Antwort nicht schuldig. In einer öffentlichen Erwiderung der Düsseldorfer „Volkszeitung“ wurde dem städtischen Berufsamt nachge-wiesen, daß es nicht so unterrichtet ist, wie es zur objektiven Beurteilung einer so wichtigen Frage nötig wäre. Insbesondere wurde darauf hin-gewiesen, daß wenn unser Gewerbe Ende März noch 4159 Arbeitslose aufzuweisen hatte, man doch unmöglich davon reden könne, daß der Markt fast keine stellenlosen ausgebildeten Fachkräfte aufweise. Ansolne dieser großen Arbeitslosigkeit ist in Düsseldorf allein die Zahl der Gehilfen um 125 zurückgegangen, die in andere Berufe oder Ber-dienstmöglichkeiten übertraten konnten. Des weiteren wurden Beweise dafür angeführt, daß die jungen Leute, wenn sie ihre Lehrzeit nach vier Jahren beendet hatten, entlassen wurden, um wieder neuen Ver-tingen Platz zu machen. Diese Neuausgesernten liefen monatlang

herum, ohne Arbeit zu bekommen. Was nun die Frage der Gesundheits-schädlichkeit betrifft, so wird mit Recht festgestellt, daß die große Mehr-zahl der Erkrankungen und Sterbefälle im Gewerbe immer noch Tuber-kulose (Lungenentzündung) sind. Wenn in dem Artikel des Berufs-amtes von dem Nichtbekanntwerden von Bleierkrankungen gesprochen wird, so sei dies noch lange kein Beweis dafür, daß derartige Er-krankungen nicht mehr vorkommen bzw. nur noch sehr selten vorkommen. Wenn die Ärzte die Verpflichtung hätten, alle Bleierkrankungen der Buchdrucker dem Gewerbeaufsichtsamt mitzuteilen, dann würde diese Behörde anders urteilen. Bei fast allen Tarifverhandlungen wird seitens der Unternehmer immer darauf verwiesen, daß der „augenblickliche, an-scheinend gute Geschäftsgang nur eine Scheinkonjunktur“ sei. Das besagt mit andern Worten, daß über kurz oder lang wieder eine schlechte Zeit kommen wird, also wieder Arbeitslose in größerer Zahl vorhanden sein würden. Dann durch Neueinstellung von Lehrlingen das Arbeitslosen-beer noch zu vermehren, wäre ein Verbrechen an den arbeitslosen Ge-bissen. Auch waren in der letzten Zeit die Düsseldorfer Kollegen wieder-holt gezwungen, das Gewerbeaufsichtsamt auf Betriebe aufmerksam zu machen, wo sanitäre Verhältnisse herrschten, die mehr als schlimm waren. Vor nicht langer Zeit sind in einer Düsseldorfer Druckerei Lehrlinge ein-gestellt worden, die aus der sogenannten Hilfsschule kamen, und die auch in gesundheitlicher Beziehung nicht das bestmögliche Maß dessen er-füllten, was man verlangen konnte. Diese beiden Kinder beherrschten nicht einmal das kleine Einmaleins. Nach Beendigung ihrer Lehrzeit teilten sie dann das Los Tausender: Arbeitslosigkeit wegen Unbrauch-barkeit. Von einem Einschreiten des Berufsamtes gegen diese Lehrlings-einstellung ist jedoch nichts bekannt geworden. Wir können daher das Vorgehen der Düsseldorfer Kollegen gegen die einseitige Stellenanahme in Lehrlingsfragen unseres Gewerbes nur begrüßen und nehmen an, daß sich das Berufsamt in Zukunft etwas mehr Zurückhaltung in dieser Richtung auferlegen wird.

Ursachen der hohen Preise in Deutschland. Nach einer Untersuchung der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz“ sind die hohen Preise in Deutsch-land in der Hauptsache auf folgende vier Gründe zurückzuführen: Kohlen-preise, die Frachtsätze, Umsatzsteuer und Kreditzinsen. Diese wichtigen Kostenelemente der Produktion stehen sämtlich über alle Maßen hoch. Die Kohlenpreise sind zum Teil infolge der Micumverträge so hoch. Für die enorme Verteuerung der mitteldeutschen Braunkohle aber findet man keine Berechtigung. Die Frachtsätze wurden zwar wiederholt ermäßigt, doch ist ihre Verteuerung gegenüber den Friedenssätzen immer noch wesentlich größer als die Erhöhung der Warenpreise. Diesen Er-mäßigungen sind aber nicht nur in den Einnahmeerfordernissen der Reichsbahn, sondern auch durch das Gutachten der Sachverständigen Schranken gesetzt. Dieses fordert noch weitere Erhöhungen der Frachtsätze und will insbesondere von ermäßigten Frachtsätzen zur Erhöhung der Ausfuhr nichts wissen. Die Umsatzsteuer belastet die Ware im Kleinhandel mit 4 1/2 bis 10 Proz. ihres Wertes und trägt daher zur Teuerung sehr wesentlich bei. Eine kapitalistische Regierung hat statt durchgreifender Vermögens- und Erbschaftsteuern diese enorme Umsatz-steuer eingeführt. Die Umsatzsteuer war zum Beispiel im April mit 156 Millionen Goldmark der größte Einnahmeposten des Staatsbudgets, sie brachte mehr ein als die nächstgrößte Einnahmequelle, die Einkommen-steuer. Die hohen Zinsätze — die 16- bis 20mal höher sind als die Zinsätze in andern Ländern und die Warenpreise enorm verteuern — könnten die Warenbesitzer nur loswerden, wenn sie sich entschließen würden, ihre Warenbestände zu herabzusetzen und wenn nötig auch zu Verlustpreisen abzustößen, um auf diese Weise zu Geld zu kommen. Bis her haben sie aber lieber die hohen Kreditzinsen bezahlt und ihre Effekten- und Devisenbestände veräußert, als die Warenpreise herabzu-setzen.

Was kostet das Geld? Der Zinsfuß, zu welchem Geld als Darlehen er-hältlich ist, wird von den Notenbanken der einzelnen Staaten geregelt. Der Privatinsfuß, das heißt der Zinsfuß, zu welchem andre Geldgeber als die Notenbank Darlehen gewähren, pflegt in der Regel niedriger zu sein als der von der Notenbank, der „Bank der Banken“, festgesetzte „Bankinsfuß“. Daß zum Beispiel in Deutschland gegenwärtig das Gegenteil der Fall ist und der Privatinsfuß seit langem sehr beträchtlich höher steht als der Reichsbankzinsfuß, ist ein abnormaler Zustand, der den glücklichen Inhabern von Reichsbankdarlehen zu riesigen Gewinnen verhalf. Gegenwärtig beträgt der Bankinsfuß in den verschiedenen Ländern: England, die Vereinigten Staaten und die Schweiz 4 Proz., Holland, Spanien 5 Proz., Schweden, Belgien, Italien 6 1/2 Proz., Frank-reich, Rußland, Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien 6 Proz., Nor-wegen, Dänemark 7 Proz., Japan 8 Proz., Finnland, Portugal 9 Proz., Deutschland, Ungarn 10 Proz., Österreich 12 Proz.

Verstärkung der Bestimmungen über die Geschäftsaufsicht. Da durch die Mängel in der sogenannte Geschäftsaufsicht zur Anwendung des Konturzes für viele unsichere und auch unlaute Teilhaber der privat-kapitalistischen Ausbeutung der deutschen Volkswirtschaft in den letzten Monaten die Möglichkeit geboten war, sich von der Erfüllung ihrer Schuldverpflichtungen „unter staatlicher Aufsicht“ zu drücken, was selbstver-ständlich gar nicht der Zweck der Geschäftsaufsicht war, so machte sich eine Veränderung der diesbezüglichen Verordnung unerläßlich. Infolgedessen hat nun die Reichsregierung nach Zustimmung von Reichstag und Reichs-rat eine wesentliche Verstärkung der Verordnung über die Geschäftsauf-sicht veranlassen und diese im „Reichsgesetzblatt“ Nr. 42 vom 11. Juni veröffentlicht. Es wird danach insbesondere das bisherige Geheim-verfahren aufgehoben. Es soll in Zukunft die Bekanntmachung im „Reichsgesetzblatt“ erfolgen. Die seit dem 1. Mai bestehenden Geschäfts-aufsichten sollen nachträglich veröffentlicht werden. Die Aufsicht kann in

Zukunft nur verlangt werden, wenn begründete Aussicht besteht, daß die Zahlungsunfähigkeit in absehbarer Zeit behoben wird. Die Anhörung von Handelskammern, Gewerbekammern usw., die bisher nur fakultativ war, muß in Zukunft vor Eröffnung der Geschäftsaufsicht obligatorisch stattfinden. Fortan ist die Geschäftsaufsicht ohne weiteres aufzuheben, wenn in einer Gläubigerversammlung die Mehrzahl, die mehr als die Hälfte der Forderungen vertritt, die Aufhebung beschließt. Die Aufsicht soll ohne weiteres ein Ende finden, wenn der Schuldner nicht binnen einem Monat einen Antrag auf Eröffnung des Verwaltungsverfahrens eingereicht hat. Die Geschäftsaufsicht findet ohne weiteres ihr Ende, wenn drei Monate seit ihrer Anforderung verstrichen sind. Während bisher Gebührenfreiheit bestand, sind jetzt ziemlich hohe Gebühren festgesetzt. Auf Antrag Preußens wurde die aufsichtführende Person verpflichtet, bei Weiterführung des Geschäfts vor allem vorhandene Warenvorräte und Bestände zu veräußern. Aus der Begründung sind folgende Tatsachen interessant: Das größte Amtsgericht, Berlin-Mitte, hatte im Jahre 1923 insgesamt nur 14 Geschäftsaufsichten. Im ersten Vierteljahr 1924 waren es 17. In den Monaten April und Mai dieses Jahres wurden indes allein 143 Anträge auf Geschäftsaufsichten gestellt, ein Beweis, daß dieses Verfahren gewisser Wirtschaftskreise, sich über Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, sehr in Mode gekommen ist. Diesem Anflug soll die Verordnung in ihrer neuen Fassung steuern.

Zur Bewertung der Freizeit der Arbeiter. Das Internationale Arbeitsamt wird auf seiner am 16. Juni begonnenen Tagung in Genf u. a. die Frage der Nutzung der Freizeit der Arbeiter, die sich durch die Verkürzung der Arbeitszeit ergeben hat, behandeln. Das Arbeitsamt wollte der Konferenz keinen Gesekentwurf (Konvention), sondern nur allgemeine Grundzüge (Empfehlungen) vorlegen. Auch handelt es sich nicht darum, den Arbeitern vorzuschreiben, wie sie ihre freie Zeit ausnützen sollen, sondern darum, die Voraussetzungen für die bestmögliche Ausnützung der freien Zeit zu schaffen. Der leitende Gedanke der Grundzüge ist, daß die freie Zeit voll gesichert und zur Erholung ausgenützt werde. Der Arbeiter soll während seiner Freizeit keine bezahlte Berufsarbeit übernehmen und die Unternehmer sollen entsprechende Löhne bezahlen, damit der Arbeiter nicht zu Nebenarbeit in seiner freien Zeit gezwungen ist. Leider wird dieser Teil der Grundzüge oft nur ein frommer Wunsch bleiben. Ein gesetzliches Verbot der bezahlten Nebenarbeit kommt schon wegen der Schwierigkeit der Kontrolle nicht in Frage. Die Arbeitszeit soll möglichst so eingeteilt werden, daß die freie Zeit ohne Unterbrechung bleibt. Deshalb sollen die Arbeitsstunden je nach der Jahreszeit eingeteilt, die Arbeitsstunden zielentsprechend gewechselt und die Mittagspause verkürzt werden. Allerdings steht letzterer Bestrebung die gesundheitsliche Müdigkeit gegenüber, daß zu kurze Arbeitspausen die Müdigkeit erhöhen. Wichtig ist eine zielbewusste Verkehrspolitik, um Zeitverluste der Arbeiter auf dem Heimweg zu vermeiden. Die Wichtigkeit gesunder Wohnverhältnisse, möglichst außerhalb der Stadt, die Einrichtung von Bädern, der Kampf gegen den Alkoholismus wird in den Empfehlungen des Arbeitsamts ebenfalls hervorgehoben. Arbeitergärten, Siedelungen, Geflügelzucht, sportliche Einrichtungen, die Errichtung von Bildungsanstalten für berufliche und allgemeine Ausbildung werden als Mittel zur besten Verwertung der freien Zeit im einzelnen angeführt. Welche Einrichtungen aber immer auch für die Ausfüllung der freien Zeit geschaffen werden, so darf ihre Benützung den Arbeitern nicht aufgezwungen werden. Sämtliche Mitglieder des Internationalen Arbeitsamts sollen Jahr für Jahr Berichte über die Maßnahmen ihrer Länder zur besseren Ausnützung der freien Zeit einbringen.

Ein „Volkserlebnisbund“ zur Erleichterung von Ferientouren. Unter dem Namen „Volkserlebnisbund e. V.“ hat sich aus Angehörigen aller Schichten und Richtungen eine politisch und religiös unbedingt neutrale gemeinnützige Vereinigung gebildet, die bei Ausschaltung jeder kapitalistischen Erwerbsabsicht danach strebt, durch Schaffung oder Nachweis geeigneter Dektüre, durch Belehrung über zweckmäßiges Reisen, durch Auffstellung von Reiseplänen, durch Beschaffung billiger Fahr-, Unterkunft- und Erholungsgelegenheiten sowie insbesondere durch Schaffung einer Reisegegeldspareinrichtung beim Bunde minderbemittelten Kreisen (Angestellten, Arbeitern, Beamten, Angehörigen der freien Berufe, des Handwerkes, des Mittelstandes) das Reisen in Deutschland und im Auslande zum Zwecke der Erholung, der Belehrung und des persönlichen Kennenlernens von Land und Leuten zu ermöglichen oder zu erleichtern sowie alle Einrichtungen zu schaffen bzw. zu betreiben, die zur Förderung dieses Zweckes dienlich erscheinen.“ Der Bund erhebt monatlich einen Beitrag von 50 Pf. neben einem festen Sparbeitrage von 1,50, 3,50 oder 5,50 M., der bis zur Verwendung für Reiseweise (oder zeitlicher Rückzahlung in Notfällen) verzinst wird. Für Eintritte vor dem 30. Juni d. J. wird ein Eintrittsgeld nicht erhoben. Die Mitglieder erhalten durch ihre unentgeltliche Bundeszeitschrift die Auswahl zur Teilnahme an Reisen aller Art. Insbesondere sollen gepflegt werden: 1. Urlaubsreisen für Mitglieder, die ihren Urlaub an geeigneten Stellen des In- und Auslandes verbringen wollen. Hierher gehören auch sogenannte Wochenendreisen. 2. Tauchreisen für Mitglieder, die einen Gast kostenlos bei sich aufnehmen und dafür während einer gleichen Zeitdauer bei diesem Gaste im In- und Auslande Aufnahme finden, so daß für beide Teile nur die Reisekosten in Abrechnung kommen. Ein solcher Tauch kann auch über eine dritte Familie erfolgen. Er kommt besonders für Erholungsbedürftige, Studierende usw. in Frage. 3. Wandreisen für Mitglieder, die an kürzeren oder längeren Bergnützungsrufen im In- oder Auslande teilnehmen wollen. 4. Jugendreisen für Kinder und Jugendliche unter besonderer

Obhut zum Ferienaufenthalt, zur Erholung, zu Wanderausfahrten usw. 5. Vereinsreisen für Schulen, Vereine aller Art, die ihren besonderen Bedürfnissen entsprechende Reisen wünschen. Auf diesem Gebiete ist das Zusammenarbeiten mit allen bestehenden Wandervereinen u. dgl. geplant. 6. Einzelreisen jeder Art. Besorgung von Freikarten, Unterbringung usw. nach Wunsch. Für später ist auch die Schaffung einer Seime in Aussicht genommen worden. Meldungen und Anfragen an die Hauptgeschäftsstelle des Bundes in Berlin W 35, Karlsbad 4. Dort sind auch Anmeldungen zur Übernahme von Vertrauensmännereposten zu richten, desgleichen Meldungen von Gasthäusern und Privaten an geeigneten Orten, die Feriengäste in größerer Zahl unterbringen können.

Goldene Regeln eines amerikanischen Unternehmerverbandes. Nach einem Bericht der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ hat ein amerikanischer Unternehmerverband für seine Mitglieder für den Verkehr mit ihren Arbeitern folgende „Goldene Regeln“ herausgegeben: 1. Erhalte tüchtige Arbeiter durch anständige Mittel dem Gewerbe. 2. Die Lohnsätze sollten auf der Grundlage des Höchstmaßes festgesetzt werden, das du zahlen kannst, um deinem Wettbewerb begegnen zu können. Der Lohn soll ausreichen, nicht nur, um den Lebensunterhalt zu gewähren, sondern auch um einen Überschuß zu gewähren für Erholung, Fortbildung und Notfälle. 3. Schaffe Arbeitsbedingungen und eine Umgebung, die der Gesundheit und dem Glück deiner Arbeiter dienlich sind. 4. Es ist deine Pflicht, zu versuchen, den Standpunkt und die Fragen, die deine Arbeiter einbringen oder beschärfen, zu verstehen und ihnen die wirtschaftlichen Grundzüge klarzumachen, nach denen wir unsere Entscheidungen und Handlungen einrichten. 5. Es ist deine Pflicht, die Arbeit so einzuteilen, daß das Personal dauernd beschäftigt werden kann und Überstunden möglichst vermieden werden. 6. Arbeitsparende und Schutzeinrichtungen sind für die Gesundheit der Beschäftigten und für die Industrie selbst notwendig.

Briefkasten

M. C. in M.: Kritik findet Aufnahme. — **R. R. in B.:** Die nachgesandte Besende Strafe wäre schon aus technischen Gründen nicht mehr anzubringen gewesen. Der vor uns gesunde Schuß wird wohl auch Ihnen zugehen. — **G. R. in G.:** Dem Wunsche wird in nächster Zeit entsprochen werden. Best. Gruß. — **H. R. in G.:** Der Wiedereintritt ist doch ganz gut. Besten Gruß! — **Firma Victor Wellitz in Berlin:** Erlens mühen Sie sich an den Verbandsvorstand mit der Tarifbestellung wenden. Auslens kostet der Tarif für Nichtmitglieder 50 Pf. zuzüglich 5 Pf. Porto. Dittlens haben Sie den vermeintlichen Betrag von 25 Pf. überhaupt vergessen beizulegen. Wils unter Einwirkung von 55 Pf. beim Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 20, Chamissostraße 6 II, nochmals befehlen. — **M. J. in G.:** Es liegt ein solcher Artikel schon vor. Der „Korr.“ hat durch die dieser Tarif- und Lohnangelegenheiten bisher dafür weder Raum noch Zeit aufbringen können. In der einseitigen kurzen Erwähnung des Genninger Jungdruckerlags in Nr. 52 finden Sie ja schon Gedankengänge, die Ihrem Wunsch entsprechen dürften. Die überlieferte Heftchrift hat unter gute Meinung über diese Tagung nur bekräftigt. — **G. G. in B.:** Gebundene Exemplare von 1922 und 1923 sind nicht mehr vorhanden. Einzelne, zur Komplettierung dieser Jahrgänge Ihnen fehlende Nummern können Sie erhalten. — **R. J. in Dessau:** Inf. 755: 1,40 M. — **G. G. in A.:** Inf. 772: 1,60 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chamissostraße 6 II. Fernruf: Amt Kurflur Nr. 1102. Postfachkonto: Berlin K. 102387 (H. Schwelb).

San Olympien. Das „Korr.“-Obligatorium wird ab 1. Juli d. J. wieder eingeführt.

Beleg Abgesandten. (Gautagsdelegiertenwahl.) Abgegeben 209 Stimmen, unglücklich 3. Es erhellten Stimmen: Dieber (Bernburg) 121, Müller (Mehrsleben) 112, (Mehrsleben) 74, Seiffert (Stahfurt) 48, Adlung (Heitfeld) 40. Ertere zwei Kollegen sind somit gewählt. Kollege Rößt als Ersatzmann.

Beleg Halle a. d. S. (Gautagsdelegiertenwahl.) Eingegangene Zettel 668, hiervon 17 unglücklich. Von 6130 Stimmen erhellten: Adermann (Merseburg) 406, Kock (Tsching) 601, Brümme (Halle) 176, Gdner (Eisleben) 427, Feuerbach (Halle) 395, Friedrich (Querfurt) 400, Kroß (Halle) 225, Hartmann (Halle) 271, Döjenski (Merseburg) 290, Hürl (Halle) 237, Just (Merseburg) 299, Reil (Halle) 274, Krieger (Halle) 318, Marisch (Halle) 27, Klemann (Eisenburg) 480, Pfennigsdorf (Halle) 269, Leisenstahl (Halle) 374, Zänger (Eisleben) 377, Teichmann (Halle) 213, Wursler (Halle) 127. Die geperrt gebrauchten Namen sind die der Gewählten. Ersatzleute sind die nächstfolgenden in der Stimmengangsliste.

Rebber. Nachbenannte Kollegen werden dringend ersucht, sich bis spätestens 5. Juli d. J. mit dem Registratorer Hugo Yurgensen in Koblenz, Burgstraße 12, in Verbindung zu setzen, da sonst Ausschlußantrag erfolgt. Die Drucker G. Steffens (Hauptbuchnummer 8291), F. Groß (113 431), K. Wörsch (113 700), die Setzer G. Scheidweiler (85 694), F. Kiebeden (60 643), F. Geiermann (60 612), W. Reubenber (60 137), R. Unger (63 875), F. Reintinger (118 104), W. Galtsheldt (124 053), F. Steinbach (124 329).

Adressenveränderungen

München. (Regirts-Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Jos. Fekner, Rothinger Straße 17 I.

Emmerich a. Rh. Bezirksregistrator: Franz Lümmle, Speesberger Str. 6 I.

Upladen. Kassierer: Kaver Kugler, Upladen, Kämpfstraße 17 I. Dortselbst Blattum für durchreisende Kollegen.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beselgigte Adresse):
 Im Gau Hannover die Setzer J. Joseph Kuthler, geb. in Göttingen 1899, ausget. in Hildesheim 1917; 2. Georg Weidmann, geb. in Hannover 1890, ausget. in Göttingen 1919. — 6. Pfingsten in Hannover, Pfingststraße 7 II.
 Im Gau Westfalen-Lütke der Maschinenführer Christian Hanen, geb. in Hrensburg 1912, ausget. das. 1921; war schon Mitglied. — 2. Dahlke in Schwelm, Poststraße 10.

Versammlungskalender

Messen (Oberbayern). Bezirksversammlung Sonntag, den 22. Juni, vor mittags 12 Uhr, im „Gasthof Edelweiss“ in Weßheim.

Dresden. Generalversammlung im „Gasthof Wittenberg“, den 2. Juli, abends 7 Uhr, im großen Saale des „Walters“, Hauptstraße.

Berlin. Vertretung Weiden, den 27. Juni, abends pünktlich 8 Uhr, in der „Kriegsmühle“.

